

der Eindruck vor, daß Baldwin entschlossen sei, den Weg zu verfolgen, den er sich vorausschaut habe. Im Laufe der allernächsten Tage könne indes kein weiterer Fortschritt gemacht werden. In beiden Häusern des Parlaments werde eine Art Mitteilung über die britische Politik erwartet.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Deutsche Studenten in Finnland. Das Hauptquartier der Deutschen Studentenschaft teilt mit: Auf Einladung vieler finnischer Kreise befinden sich auch in diesem Jahre viele deutsche Studenten zur Erholung in Finnland. Der Transport nach Finnland ist durch das Auslandsamt der Deutschen Studentenschaft organisiert worden. Zur Zeit weilen sechs deutsche Studenten für sechs Wochen als Gäste englischer Studenten in Oxford. Sie wurden überall mit dem größten Entgegenkommen aufgenommen. Oxford-Studenten werden den Besuch im August ds. Js. erwirken.

Jona Aho vom Einreiseverbot ausgenommen! Vom Verkehrsamt Aho wird mitgeteilt, daß die kirchlich von anderer Seite verbreitete Mitteilung über ein einmonatiges Einreiseverbot in das besagte aus dem unbesetzten Gebiet sich nur auf das französische Gebiet bezieht.

Für ehemalige memelländische Militärpersonen. Nach einer Bekanntmachung der memelländischen Behörden sollen sich ehemalige memelländische Militärpersonen, die durch den Beschluß der Vorkriegskonferenz vom 18. Februar dieses Jahres litauische Staatsuntertanen geworden sind, in der deutschen Armee Kriegsdienste leisten dürfen und fernerseit von belgischen Truppen gefangen genommen worden sind, bis spätestens 25. Juni dieses Jahres beim Magistrat der Stadt Memel bzw. bei den zuständigen Landratsämtern des Memelgebietes (Memel, Depeltrug, Pogegen) schriftlich oder mündlich melden. Es handelt sich um die Rückführung der von belgischen Truppen gefangen genommenen Personen. Die Ansprüche müssen bis zu dem erwähnten Termin eingereicht sein. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Danziger Spende für das Deutsche Volksofer. Der Beamtenbund der Freien Stadt Danzig, dem fast sämtliche Beamten Danzigs angeschlossen sind, hat eine Sammlung zum Besten der Rhein- und Ruhrbedrängten veranstaltet, als deren vorläufiges Ergebnis dem Deutschen Volksofer 50 Millionen Mark überwiesen worden sind. Der Beamtenbund hat diese namhafte Spende dem Deutschen Generalkonsulat in Danzig mit einem Schreiben überreicht, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß auch die Beamenschaft von Danzig ihre durch die gegenwärtigen Verhältnisse außerordentlich bedrängten Brüder im Westen nicht vergessen hat, daß sie dauernd mit reger Anteilnahme der Entwicklung der sich dort abspielenden Ereignisse folgt und mit treuherziger Genugtuung der selbstmätigen Standhaftigkeit der Beamenschaft des bedrängten Gebietes Anerkennung zollt.

Sozialdemokratischer Protest gegen die französischen Gewaltakte. Der „Vorwärts“ meldet: Im Bezirk Dortmund-Hörde fand am Sonntag eine Delegiertenkonferenz der sozialdemokratischen Partei statt, die zur Ausrufung einer Entschiedenheit anahm, in der es heißt: Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die zahlreichen Verhaftungen, Ausweisungen und Erdrückungen deutscher Einwohner, gegen die Abschneidung des Verkehrs und die Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit. Die Versammlung gelobt, in diesem Kampfe nicht nachzulassen, bis die Zurückführung der französischen-belgischen Truppen erfolgt ist. Von der Regierung wird gefordert, daß sie keine Gelegenheit zu einer Verhandlung verpasse und alles tut, um die Leiden der Ruhrbevölkerung zu mildern.

Revision gegen Gorges Todesurteil. Die Revisionsverhandlung gegen das Todesurteil im Falle des Ingenieurs Gorges von der Badischen Anilin- und Sodafabrik wird vor dem Revisionshof in Düsseldorf bereits am Donnerstag im neuen Amtsgericht eröffnet. Die Vertretung der Revision liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Grimm (Erfen).

Um die Rechtsstaatlichkeit der „Volksgesichte“. Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß das Amtsgericht Hamburg dem Volksgesicht München die Rechtskraft verweigert habe, weil die bayerischen Volksgesichte keine rechtmäßigen Gerichte seien. Auf Beschwerde hat das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg, nach einer Meldung der Münchener Korrespondenz Hoffmann, das Amtsgericht Hamburg angewiesen, dem Erlaß des Volksgesichts München um Rechtskraft zu entsprechen.

Eine polnische Weisungsverordnung. Die polnische Regierung hat an Deutschland eine Note gerichtet, in der sie sich gegen die Landtagsrede des preussischen Ministerpräsidenten und den dort gegen Polen erhobenen Vorwurf der Intoleranz wendet.

Gegen den Mißbrauch der deutschen Gastfreundschaft. Die Tiroler Landesregierung erläßt folgende Rundschau: Der gegenwärtige Marktverkehr hat wie vor einigen Monaten ein starkes Anwachsen des Reiseverkehrs aus Österreich in das benachbarte Bayern hervorgerufen. Es ist zu befürchten, daß wieder wie vor kurzem es zu jenen massenhaften Mißbräuchen im Ankauf deutscher Waren in München und anderen Städten durch Ausländer kommen werde. Die Tiroler Landesregierung hat daher inländischen Reisenden nachdrücklich verboten, die deutsche Gastfreundschaft zu mißbrauchen und im übrigen verfügt, daß Inländern, die den österreichischen Behörden wegen Schmuggels von Waren über die deutsche Grenze angeklagt werden, die Reisepässe abgenommen werden und daß ihnen die Ausstellung neuer Pässe verweigert wird.

Der freiwillige passive Widerstand der deutschen Eisenbahner. Auf der San-Konferenz der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner in Osnabrück wurde nach einer eingehenden Aussprache über die neuesten Rechtsbrüche und über das Blutvergießen durch die Besatzungsmächte eine Entschiedenheit angenommen, in welcher erklärt wird, daß der ausgewogene Kampf aus eigenem Antrieb aufgenommen wurde, weil freie deutsche Arbeiter sich nie einer fremden Gewalt Herrschaft beugen und nie unter dem Druck feindlicher Bajonette arbeiten werden. Die Eisenbahner werden den passiven Widerstand nicht aufgeben, sondern ihn für die Freiheit des deutschen Volkes und für die Erklämpfung der Menschenrechte weiterführen.

Zum Banknotendiebstahl bei der Reichsbank. Bei der Verschlagnahme der Diebesbeute aus dem jetzt aufgeführten Banknotendiebstahl bei der Reichsbank fehlten zunächst noch zwanzig Millionen Mark. Die Täter gaben schließlich zu, sie in einem Vororte versteckt zu haben. Die Kriminalbeamten, die sofort Nachforschungen anstellten, fanden noch neunzehn Millionen Mark vor. — Wie mitgeteilt wird, ist der Diebstahl auf die grobe Fahrlässigkeit eines verantwortlichen Beamten zurückzuführen, der zunächst selbst unter dem Verdachte der Täterschaft gestanden hatte.

Polen. **Ausweisung Danziger Bürger.** Die Blätter melden, es sei beabsichtigt, alle Danziger Bürger aus Polen auszuweisen, falls Danzig nicht die Ausweisungen von Polen zurücknehme und Genugtuung gebe.

Belgien. **Französisch-belgischer Flugverkehr.** Bei einem Empfang im Brüsseler Aero-Club sprach der frühere Minister für Luftschifffahrt über die Notwendigkeit eines ausgedehnteren französisch-belgischen Handelsflugverkehrs, angeblich, um den deutschen Besatz auf diesem Gebiete entgegenzutreten.

Thunisch bildet das neue belgische Kabinett. Thunisch hat, wie schon nach dem von Aho besprochen, um den

den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts entgegenzunehmen. Man glaubt, daß er noch im Laufe des Monats das neue Kabinett gebildet haben wird. — Der belgische König hat von politischen Verantwortlichen den früheren katholischen Minister Segers und den früheren liberalen Außenminister Dauters empfangen. In dem letztgenannten glaubt man den kommenden Minister des Innern erblicken zu dürfen. Sollte die Bildung eines neuen Kabinetts Thunisch scheitern, so ist es fraglich, ob die Sozialisten an einer Koalitionsregierung, wie sie dann notwendig werden würde, teilnehmen würden.

Die belgischen Sozialisten und die Regierungskräfte. Bei der Parteikonferenz der Sozialisten hat Vandervelde gesagt: Unser Standpunkt ist der, daß wir nicht an die Mitarbeit an einer bürgerlichen Regierung denken dürfen, sondern es muß unser Ziel sein, nach einer Reihe von Feindschlägen endlich die Regierungsgewalt ohne Kompromiß zu erhalten.

Frankreich. **Der Senat hört am Montag bei der Vespersprache den Bericht des Senatspräsidenten.** Daraus geht hervor, daß die Ausgaben für die französische Kriegsmarine im Jahre 1914 16,52 Prozent des Gesamtbudgets, im Jahre 1922 7,69 Prozent betragen.

England. **England bezahlt seine Schulden.** Großbritannien hat jetzt den Vereinigten Staaten die erste Rahlung für die Amortisation der britischen Schulden im Betrage von 88 Millionen Pfund Sterling geleistet.

Serbien. **Beratungen im jugoslawischen Parlamente.** In einer getagelten Plenarsitzung gab der Führer der serbischen Radikaler Jovanovic der Belgradischer Ausdruck, daß infolge des Umsturzes in Bulgarien die Durchführung des Nischer Uebereinkommens fraglich geworden sei. Gleichzeitig verwies Jovanovic auf die aufrichtigen Bemühungen Stamboulskis, eine dauernde Verständigung mit Südslawien herbeizuführen.

Amerika. **Die Europareise des amerikanischen Schatzsekretärs.** Der Finanzminister Mellon tritt am 28. Juni seine Europareise an. Er wird in Europa zahlreiche Unterredungen mit Staatsmännern und Finanzleuten haben und versuchen, die Regelung der in Amerika kontrahierten Schulden zu erzielen, die bis jetzt noch nicht konsolidiert sind.

Hochverrats-Prozess Fuchs in München. Im Hochverratsprozess nahm gestern die Verlesung der protokollierten Aussagen des Angeklagten Wobau den ganzen Nachmittag in Anspruch. Das Gericht beschloß dann, weitere Weisungsanträge abzulehnen und der Vorlesung erklärte dann, 6,30 Uhr nachmittags, die Beweisaufnahme für geschlossen. Heute früh 8,30 Uhr begannen die Plaidoyers.

Die Weltkonferenz für Wirtschaftshilfe und Wiederaufbau in Sowjet-Russland. wurde am Sonntag in Berlin in Anwesenheit von etwa 200 Delegierten des In- und Auslandes im Reichstage mit Antraten des russischen Botschafters Restinski und des Generalsekretärs der internationalen Arbeiterhilfe München eröffnet. Im Präsidium wurden gewählt der Präsident der anhaltischen Kammer Weis, der Botschafter Restinski, der ukrainische Gesandte Anson, als Vertreterin der Zentralkommission zur Bekämpfung der Folgen des Hungers Frau Manenowa, als Vertreterin der russischen Gewerkschaften Demjan, als Vertreterin der Duderorganisation Mrs. Suren. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Notwendigkeit der Unterstützung aller Bestrebungen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Sowjet-Russlands anerkennt und namentlich die Fortführung der bereits von den Sanierungsorganisationen, der internationalen Arbeiterhilfe usw. geleiteten Wirtschaftshilfe fordert. Zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den teilnehmenden Organisationen wurde eine Kommission eingesetzt.

Die englisch-russischen Beziehungen. Im englischen Unterhause teilte McNeill in Beantwortung einer Anfrage mit, es sei ein Uebereinkommen mit der Sowjetregierung in gewissen besonderen Punkten erzielt worden; es wurde jedoch verläßt sein, die Verhandlungen auszuweihen, bevor die Regierung in der Lage sei, zu beurteilen, wie das augenblickliche Uebereinkommen durchgeführt werde. McNeill gab zu, daß die augenblickliche Lage der englisch-russischen Beziehungen unbestriedig sei. Premierminister Baldwin erklärte, die Regierung sei nicht der Ansicht, daß eine Konferenz mit der Sowjetregierung im gegenwärtigen Augenblick mit Nutzen geführt werden könne.

Eine neue Note Russlands an England. London. Die russische Regierung richtete eine neue Note an England, in der sie zum Ausdruck bringt, daß nun, seitdem alle Konfliktsstoffe der Vergangenheit beseitigt worden seien, umfassende englisch-russische Verhandlungen über ein anderes Zusammenarbeiten zwischen beiden Ländern und über die völkerrechtliche Anerkennung der Sowjetregierung eingeleitet werden sollen.

Vertikales und Sächsisches. **Riesa, den 19. Juni 1923.**

Defensitive Schulausschüttung. Morgen Mittwoch nachmittags 5 Uhr findet im Rathaus-Sitzungsraum öffentliche Schulausschüttung statt. Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Fahrerabdiebstahl. Am 17. dieses Monats, nachmittags gegen 2 Uhr, ist aus dem Hofraum des Hausgrundstückes Rosenplatz 5, hier, ein Herrenrad mit schwarzem Rahmenbau, schwarzen Speichen und Pedalen, nach unten gebogener Lenkstange und grauer Summierreifung, Wert etwa 600000 Mark, gestohlen worden. Sachdienliche Wahrnehmungen erbittet die hiesige Polizei.

Theateraufführung. Die seit mehr Jahren bestehende literarische Vereinigung an der Oberrealschule trat kürzlich im Höppler-Saal erstmalig mit einer Theateraufführung hervor, die in allen Teilen einen wohl gelungenen Verlauf nahm. Das dreiteilige Lustspiel des zwanzigjährigen Goethe: „Die Mitschuldigen“ ging in Szene. Jeder der vier Charaktere ist auf eine Leidenschaft gestellt. Der Wirt ist von krankhafter Neugier geplagt, die sich nicht schenkt, die Ehre der Tochter zu kompromittieren. Gottfried Röhger gab ihm aber im 1. Aufzuge aus mit Recht die selbstbewußte Haltung des Bürgers, der durch Fleiß und Umsicht seinen „Goldnen Bären“ in die Höhe gebracht hat; um so burlesker wirkte der Darsteller dann in der Szene nach der Entdeckung, daß das vielgegebene Schriftstück nur ein gewöhnlicher Gewatterbrief gewesen. Die Wirtstochter Sophie stattete Lotte Schönebaum mit dem Zug schmerzlichen Ertragens aus, sie, die sich als Verurteilungswahnsinnige, nur um zu belachen, den ausgemachten Trinker und Spieler Soller zum Mann genommen. Doch fand sie auch energische Töne seinem Verhalten gegenüber und war bei den Szenen mit Alcest gegen Ermachung und Bitterkeit. Auch ist der Goethe der

Leipziger Zeit, der elegante Kavallerier, der für sein Mädchen schwärmt, aber auch frivole Grundzüge zu äußern sich nicht schenkt. Mit Recht ließ Carl-Otto Schönbauer den vornehmen Liebhaber in ihm vorberrischen, so daß der gewagten Szene, in der Alcest und Sophie durch Soller vom Klauen her belauscht werden, die Schärfe genommen wurde. Der Volontär in Goethes Werken entspricht es, daß er in seinen Dramen auch dem Gegenüber des Geldes keine Ähre leiht. Nach Soller ist Goethe, der in sich Berrühene, dämonisch Bewegte seiner Leipziger Zeit. Freigedachte war im 1. Akt der leichtsinnige Spieler und Trinker, dem in der Liebhaberszene der böse Zug nicht fehlte. Die spätere Selbstbeschreibung bei der Unterredung mit Alcest: Mein Herz bleibt doch mein Herz! Trost jedem fremden Rad! kam scharf heraus, während es der Anklage gegen den Liebhaber seiner Frau, die sich gegen den ganzen Herrenstand verdirbt und an die historisch gewordenen Anklage Sigaros in Beaumarchais' Komödie erinnert, nicht an Wucht fehlt. Die Spielleitung hatte Hans-Heinrich Scheller. Sein Verdienst ist es, daß das Schauspiel sehr lobenswert war und bei dem niemals überhöhten Tempo die schönen Alexandriner Klangvoll zur Geltung kamen, daß eine schöne Weisheit über der Aufführung lag und man deutlich sah: hier hatte Goethe das Wort. Dies alles und die schönen Hofotokostüme taten das Ihrige, um die Zuschauer, die den Saal dicht besetzt hielt, zu lebhaften Beifallsäußerungen nach den Aktschlüssen und am Ende hinzureißen.

Kartoffelpreisnotierung. Die Kartoffelpreisnotierungskommission hat am 18. Juni einen Erzeugerpreis von 13-14000 Mark für weiße, rote und gelbbelagte Sorten notiert.

Die Lohnverhandlungen der Staatsarbeiter. Die Verhandlungen der Regierung mit den Epigenorganisationen der Staatsarbeiter über die infolge der fortwährenden Teuerung notwendig gewordenen Lohn-erhöhungen haben gestern nachmittags im Reichsfinanzministerium begonnen. Wie verlautet, ist mit einem Abschluß zu rechnen, der eine Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne um rund 100 Prozent vorsieht. Die gleiche Erhöhung dürfte auch für die Beamten in Frage kommen.

Erhöhung der Eisenbahntarife um 50 Prozent. Die Reichseisenbahnverwaltung will die Tarife zum 1. Juli um 50 Prozent erhöhen. Ferienfahrgeld, zu denen bis zu diesem Tage Fahrkarten verkauft werden, sind von der Erhöhung ausgenommen, auch wenn sie erst nach dem 1. Juli verkehren.

Die neuen Postgebühren. Der Vorschau des Reichstags hat eine Entschließung sämtlicher Parteien angenommen, nach der die Regierung bei der Erhöhung der Telegraphengebühren in der nächsten Vorlage auf die Not der Presse und die Notwendigkeit der Erhaltung des Nachrichtenwesens für die Öffentlichkeit gebührende Rücksicht nehmen solle. Ferner wurden die neuen Inlands- und Auslandspostgebühren angenommen. Hiernach wurde der Gebührentarif für den einfachen Fernbrief von 100 auf 300 Mark erhöht. Gleiche Erhöhungen erfolgten für die übrigen Briefgebühren. Der bisherige niedrigere Gebührentarif für Anstaltsarten, auf deren Vorderseite Größe mit höchstens fünf Worten geschrieben werden können, wurde beseitigt. Für Patete ist die Erhöhung mäßiger gehalten. Der Reichsbetrag für Postanmeldungen wird in Anbetracht an die Geldwertverminderung von 100000 auf 500000 Mark erhöht, die Gebühr für den einfachen Auslandsbrief von 300 Mark auf 800 Mark, woraus sich zwangsläufig für die Auslandsposttarife ein Satz von 480 Mark, die einfache Auslandsdrucksache ein solcher von 160 Mark ergibt. Als Grundgebühr für jedes Ferntelegramm wurden 400 Mark und als Vortagegebühr 200 Mark, für Orts- und Brieftelegraphen 200 Mark als Grundgebühr und 100 Mark als Vortagegebühr festgesetzt. Der Teuerungszuschlag für Fernspreckgebühren wird von 200 Prozent auf 250 Prozent erhöht.

Ruhestandsbezüge. Die Versorgungsgebühren der im Ruhestand befindlichen Staatsbeamten, Geistlichen (diese, soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrer, sowie ihrer Hinterbliebenen für Monat Juli werden, wie bereits mitgeteilt wurde, von Mitte dieses Monats an überwiesen. Zugleich mit dieser Ueberweisung erhalten die Versorgungsberechtigten den Nachzahlungsbetrag für die Monate Mai und Juni, der den Versorgungszuschlag von 1480 v. H. für Mai und von 1700 v. H. für Juni entspricht. Der Nachzahlungsbetrag, der auf die weitere Erhöhung der Bezüge ab 1. Juni (Versorgungszuschlag von 2000 v. H.) auf die Monate Juni und Juli entfällt, wird den Versorgungsberechtigten in der ersten Woche des Juli überwiesen werden. Mit diesem letzteren Nachzahlungsbetrag werden sodann die Versorgungsgebühren bis Ende Juli voll nach dem gegenwärtigen Stande überwiesen sein.

Gemeinsame Front katholischer und evangelischer Eltern. Durch die von der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitete Antwort der Regierung auf den Südbairischer Schulstreik der Katholiken ist die Lage wesentlich verschärft worden. Eine in Ost- und evangelischer Zeit einberufene große Versammlung sprach den katholischen Lehrern ihre Entzweiung im Kampfe um ihr Recht aus und sandte folgendes Telegramm an das Reichsamt für den öffentlichen Unterricht und an das Reichsministerium des Innern: „Die in katholischen Vereinständen in Ost- und evangelischen Eltern sind mit den katholischen Eltern einig in der schärfsten Verurteilung des Vorgehens des sächsischen Kultusministeriums gegen die acht katholischen Schulen des Nitzscher Bezirkes. Sie erblicken in dem Vorgehen die Verhängung eines Ausnahmestandes über die Orte und fordern zur Wahrung der christlichen Belange sofortige Zurückziehung der religionsfeindlichen Verordnung, die als ein unzulässiger Eingriff in die persönliche und Religionsfreiheit auch von evangelischen Eltern empfunden wird.“

Die Elternratswahlen in Dresden. Bis zum Montag abends lag das Ergebnis der am Sonntag stattgefundenen Elternratswahlen noch nicht vollständig vor, da die Wahlsiffrer aus drei Schulen noch ausstanden. Bisher sind gewählt: 526 Vertreter der christlichen Schule mit Einrechnung der katholischen Schulen, 518 Vertreter der weltlichen Schule, 7 Vertreter einer Kompromisschule und 2 Kommunisten.

Hausfahrungen bei Deutschböllischen. Am Sonntag früh wurde in Leipzig bei einer Anzahl Deutschböllischen und Nationalisten eine Hausfurchung vorgenommen, und zwar nach Beweisen gegen Kobbach, dessen Organisation unter der Leipziger Reichwehr festen Fuß gefaßt haben soll. Belastendes Material wurde nirgends gefunden.

Schnee- und Regenfälle im Erzgebirge. Im Erzgebirge, wo das Thermometer unter den Gefrierpunkt sank, ist stellenweise Schnee gefallen. Die Marienbader Berge zeigten das Bild einer vollkommenen Winterlandschaft. An der Fruchtentwicklung ist bedeutender Schaden entstanden.

Bund der Kinderreichen. Durch die Vermittlung der bekannten Menschenfreundin und Schriftstellerin Annie Wall (Schweben) ist dem Landesverband Sachsen eine Spende in Höhe von 500000 Mark überwiesen worden. Der Betrag wird dazu verwendet werden, Kinderreichen in dringenden Notfällen die erste Hilfe zu leisten.

Ueber den Begriff des Stallpreises beim Viehmarkt. wird von zuständiger Stelle bekanntgegeben: Nach einem Rundschreiben der Landespreisprüfungsstelle dürfen Landwirte von Fleischermessern beim Verkauf von